

Antrag 2018/KL/01
SPD Stadtverband UB Trier

Empfehlung der Antragskommission: Überweisen an

Rheinland-Pfälzisches Wohnraum- und Innenstadtschutzgesetz

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
2 Die SPD setzt sich für ein Wohnraumschutzgesetz auf
3 Landesebene nach Hamburgischem Vorbild ein. Die
4 Kommunen sollen rechtlich in die Lage versetzt wer-
5 den, durch Spekulation herbeigeführten Wohnungs-
6 leerstand durch eine temporäre Enteignung der Ei-
7 gentümer zu bekämpfen. Die Kommune setzt dabei
8 einen Treuhänder „zur Wiederherstellung des Wohn-
9 raums für Wohnzwecke“ ein. Dieser kann notwendi-
10 ge Renovierungen auf Kosten des Besitzers beauftra-
11 gen und die leerstehenden Wohnungen vermieten.
12 Erst danach hält der Eigentümer die Verfügungsge-
13 walt über seinen Besitz zurück und ist dann an die
14 von ihm nicht selbst abgeschlossenen Mietverträge
15 gebunden. Es ist anzustreben, das Gesetz auf leerste-
16 hende Gewerbeimmobilien in besonderen Schutzbe-
17 reichen, z.B. Innenstädte, auszudehnen.

18

19 **Begründung**

20 Gerade in Niedrigzinsphasen erfreuen sich Immobi-
21 lienspekulationen leider großer Beliebtheit. Auch in
22 Trier und Rheinland-Pfalz zeigen sich sowohl stark
23 steigende Mietpreise als auch vermehrter Leerstand
24 von Gewerbeimmobilien in eigentlich gefragten In-
25 nenstadtlagen wie der Trierer Neustraße. Es ist im In-
26 teresse der Sozialdemokratie, bezahlbaren Wohnraum
27 für alle Menschen und lebendige Innenstädte in unse-
28 ren Oberzentren zu fördern. Auch wenn die politischen
29 Strukturen in einem Stadtstaat wie Hamburg und ei-
30 nem Flächenland wie Rheinland-Pfalz Unterschiede
31 aufweisen, soll den Kommunen zumindest das Instru-
32 mentarium für ein solches Handeln zur Verfügung ge-
33 stellt werden.

Landtagsfraktion